

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterchaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Abonnement pro Quartal 75 Mk. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgefand.

Erkheint jeden Dienstag Redaktionschluss Sonnabend morgen

Inserionspreis pro ledigsgepaltene Nonpareillezeile 50 Mk., für Zahlstellen 6 Mk.

## Klaren Blick!

Die Besetzung des Ruhrgebiets durch die französische Militärmacht brachte eine riesenhafte Teuerung, wie sie noch kein Volk über sich ergehen lassen mußte, mit sich. In wenigen Stunden erfolgte die Entwertung des deutschen Zahlungsmittels in einem Ausmaße, daß wir nun hart an der Nullgrenze angelangt sind. Unter solchen Vorgängen ist begreiflich, daß sich selbst bei der Arbeiterchaft eine Stimmung auslöste, die der vor Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 ähnlich ist. Kriegsstimmung liegt in der Luft! „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ plären die Chauvinisten in allen Gassen und die kanuagiehenden Spießer auf den Bierbänken. In diesem Wutrausch verfliegen die grauenhaften Glendebilder des Massenmordens in den vier langen Jahren wie Spreu vor dem Winde. Während wenige Wochen vorher sich die Friedensfreunde der ganzen Welt in Haag feierlich gelobten: Niemals wieder Krieg, und ihre Vereiterschaft erklärten, alles einzusehen zur Verhinderung der Kriege und des Völkermordens, buhlten die Kriegsheizer um die Seelen der Massen und erreichten auch eine Suggestion auf sie auszuüben zur Freimachung des Weges für ein neues Blutbad.

Vier Jahre hat die organisierte Arbeiterchaft tapfer den Kriegsheizen Widerstand geleistet. Von Millionen konnte man tagtäglich hören: Wie wieder werde ich mich von den Kapitalisten an die Schlachtbank führen lassen oder als Kanonensfutter für die Durchführung ihrer imperialistischen Bestrebungen gebrauchen lassen. Und was sehen wir jetzt? In weitesten Kreisen der Arbeiterchaft hat der Revanchegedanke Nährboden gefunden. Warum ist das möglich? Eine Folgeerscheinung der in der Arbeiterbewegung betriebenen unklaren Politik, durch die keine Klärung, sondern eine Steigerung der Verwirrung erfolgen mußte. Während der Kapitalismus nach der Revolution recht bald die Situation begriffen hatte und seine Kräfte sammelte, zerfleichte sich die Arbeiterchaft gegenseitig im Bruderkwitz. Statt Aufklärung in die Reihen des uns zugeströmten Millionenheeres zu tragen, wurde die kostbare Zeit mit ekelhaften gegenseitigen persönlichen Verleumdungen und Anpöbelungen verthan. In der politischen Bewegung war es noch schlimmer als bei den Gewerkschaften. Dort hatte die Konzessionsmacherei gegenüber der besitzenden Klasse, so verheerende Folgen ausgelöst, daß der Glaube an die Macht des Sozialismus Millionen von Menschen geraubt wurde. Ist etwa das Problem der uns durch den Friedensvertrag von Versailles aufgebürdeten Reparationslasten in dem Sinne zu lösen versucht worden, daß den finanzstarken Kreisen die größten Lasten aufgebürdet wurden? Ach nein! Diese Kreise sind bis heute von dieser Bürde verschont geblieben.

Was sind das für Zustände im demokratischen Deutschland, wenn dem Bürger und Volksbetrug freier Lauf gelassen, der Börsenspekulation kein Einhalt geboten wird, über Sozialisierung und Erfassung der Sachwerte nur große Reden geschwungen werden und nichts unternommen wird? Oder ist etwa die Ungerechtigkeit demokratisch zu bezeichnen, wenn der ärmste Teil des Volkes, die werktätige Masse, in einer ihre Kräfte weit übersteigenden Weise mit indirekten und direkten Steuern belastet werden und die besitzenden Kreise unbehelligt bleiben? Wohl wissen wir, daß eine bürgerliche Regierung nicht in stande ist, demokratisch nach dem Prinzip der Ertragsfähigkeit die Lasten zu verteilen. Sobald sie dazu übergehen würde, eine gerechte Verteilung vorzunehmen, wäre sie als Sachverwalter der kapitalistischen Klasse erledigt. Von Sozialisten muß aber verlangt werden, daß sie in einer Regierung die sozialistischen Grundzüge hochhalten und bei Kompromissen die Interessen ihrer Klassenangehörigen schützen. Das ist nicht geschehen, wie aus der unter

der Aera sozialistischer Minister erfolgten Steuerungserechtigleit zu jeder Zeit nachgewiesen werden kann.

Man braucht sich unter solchen Umständen nicht mehr zu wundern, wenn den Gegnern der Arbeiterbewegung billiger und erfolgreicher Agitationsstoff zur Verbeugung unter den Arbeitern geliefert wurde. Heute haben wir die Folgen dieser Politik vor uns. Die Aufklärung in der Arbeiterpreffe mangelte vollständig. In der politischen Tagespresse wurde dem Brudergeiz ein breiter Raum gewährt und die Gewerkschaften mußten sich infolge der rasch wiederholenden Teuerungswellen fast ausschließlich nur auf Lohnbewegungen einstellen. Sie wurden zu Lohnbewegungsmaschinen und ihre Funktionäre waren mit Lohnregelungen so stark überlastet, daß sie an andere Arbeiten nicht mehr denken konnten. Im übrigen gab sich die Regierung mit der gesamten Presse die denkbarste Mühe, das Volk über den wahren Sachverhalt im unklaren zu lassen. Wie das Ausland über die hinterhältige Reparationspolitik der deutschen Regierung denkt, die heute mit schlotternden Knien jedes Diktat der Entente unterzeichnet und morgen erklärt, sie kann unmöglich die eingegangenen Verpflichtungen einhalten, darüber schweigt sich die Presse aus. Mit diesen Mitteln wurde bekanntlich auch in den langen Kriegsjahren gearbeitet. Jetzt können wir dieselbe Erscheinung wahrnehmen.

Die Invasión der Franzosen ins Ruhrgebiet ist nicht etwa deshalb erfolgt, weil die Vereinbarungen der Sachleistung von Deutschland nicht restlos erfüllt wurden, sondern der Besetzung liegt ein großangelegter Plan der französischen Schwerindustrie zugrunde: die Verkrustung der Ruhrkohlenindustrie mit der französischen Erzindustrie. In diesem Nierenkongern wollen sowohl die französischen als auch die deutschen Schwerindustriellen die Oberhand gewinnen. Die Besetzung des westfälischen Kohlengebietes hat, wie eingangs erwähnt, riesenhafte Not und Glend für die schaffende Menschheit in die Lande gebracht. Anders schmeitete dabei die Börsenspekulanten und die Großindustriellen ab. Sie machten glänzende Geschäfte. Es stiegen nach den Berliner Börsenberichten die Montanaktien in der rheinisch-westfälischen Industrie innerhalb 10 Tagen:

	12. Jan.	22. Jan.
Deutsch-Luxemburg	25 900	55 000
Selbstkirchen Bergwerks-Gesellschaft	26 100	61 500
Harpener Bergbau	59 600	132 000
	(nachbörslich 160 000)	
Phönix	26 500	61 000
Rheinpfahl	21 250	50 000
Wochum Gußstahl	23 600	53 000

Auch die übrige Industrie im Inlande kam bei der französischen Gewaltaktion ganz gut, wenn auch nicht in diesem Umfange, auf ihre Rechnung. Es stiegen die Industriepapiere bei Bergmann-Elektrizität von 10 500 auf 16 500, Sinter-Hoffmann-Lauchhammer von 11 500 auf 14 250 und noch viele machten ein Profitchen von 30 bis 50 %.

Diese Vorgänge spielten sich nicht zum erstenmal ab seit Beendigung des Krieges. Sie stellten sich regelmäßig bei jeder Sanktion der militärischen Sieger ein. Steigerung des Unternehmerprofites muß logischerweise eine riesenhafte Verdrängung der werktätigen Masse auslösen.

In diesem Zusammenhange ist auch von Interesse das Eingeständnis der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über die Sabotage der deutschen Wirtschaft und Finanzkraft durch die Kapitalflucht in ihrer Ausgabe vom 14. Januar 1923:

Als sich das mobile Kapital durch konfiskatorisch wirkende Steuern, die Zerrüttung der Marktwährung und was sonst noch alles der verlorene Krieg mit sich brachte, bei uns in Deutschland bedroht sah, wanderte es zum großen Teile ins Ausland. Es begann die große Kapitalflucht, die trotz aller behördlichen

Magnahmen ihr Ende erst dann finden wird, wenn einmal die Triebkraft, das Motiv dieser Flucht, durch Stabilisierung aller wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bei uns vollkommen beseitigt sein wird. Ansätze hierfür zeigen sich leider noch gar nicht. Diese Flucht vollzog und vollzieht sich selbstverständlich in den verschiedensten Formen, was sich aus der übergroßen Beweglichkeit des Objekts ergibt, das man durch einen bloßen Federstrich, einen Brief, eine Buchung von einem Ende der Welt zum andern übertragen kann, so daß keine Grenzschutzorganisation stark oder sündig genug sein kann, ihm gänzlich beizukommen. Eine dieser Formen, in der sich die Flucht vollzieht, ist zum Beispiel die Anlage in mittelbaren Forderungen auf das Ausland, in Gestalt von ausländischen Aktien — sogenannten Baufaktoren —, die erlaubt ist. Eine andere Form ist die Anlage in unmittelbaren Forderungen auf das Ausland in Gestalt von ausländischen Geldzeichen — Noten, „Sorten“ und „Auszahlungen“ beziehungsweise Fremdwährungen —, die durch die Devisenverordnung bekanntlich verboten ist.

Das über das deutsche Volk hereinbrechende zum Himmel schreiende Glend haben wir neben dem militärischen Wahrsinn der Sabotage der deutschen Kapitalisten gegen die Erfüllungspolitik der uns im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen zu verdanken. Wir würden längst gedrehte Wirtschaftsverhältnisse haben, wenn die kapitalstarken Kreise in derselben Weise zur Tragung der Lasten wie die Arbeiter herangezogen worden wären. Aus der werktätigen Schicht noch mehr herauszupressen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Nun soll auf andern Wegen die Entwertung weitergetrieben werden. Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau sind die Förderungen des Unternehmertums. Bis zur Invasión im Ruhrgebiet wurde diese Förderung mit größter Zähigkeit und Schärfe vertreten. Hat nicht im Dezember der Gesamtverband der deutschen Industriellen die Anweisung an seine Unterverbände ergehen lassen, mit Lohnverhöhungen im Januar zurückzuhalten?

Was müssen wir aber jetzt wahrnehmen? Die Arbeiterchaft wird in einer Weise pouffiert, die Betriebsvertretungen der Arbeiter ob ihres Weitblickes gelobhudelt, wie in den Augusttagen 1914. Die Kapitalisten wollen die Arbeiterchaft für ihre Pläne gewinnen. Sie wissen, daß ihnen allein die Macht fehlt, die Ausbeutung des Kohlenbedens durch die Franzosen zu verhindern. Soll der Plan durchkreuzt werden, dann brauchen sie die Arbeiterchaft, nicht etwa deshalb, um das deutsche Wirtschaftsleben vor dem vollständigen Zusammenbruch zu schützen, sondern zur Sicherung ihrer egoistischen Interessen.

Wir betrachten es daher als großen Fehler, wenn die Arbeiterchaft in der Abwehraktion an dem Strange der Kapitalisten zieht. Sobald wir gemeinsam mit unsern Todfeinden marschieren, wird jede proletarische internationale Aktion undurchführbar sein. Es wird doch kein Mensch so naiv sein, um zu glauben, daß die Arbeiterchaft im Auslande zum Schutze der deutschen Kapitalisten den Kampf gegen die herrschenden Klassen ihrer Länder aufnehmen wird.

Die Aktion der deutschen Arbeiterchaft sowie der Proletarier aller Länder gegen den Militarismus und die von ihm heraufbeschorenen Kriegsgefahren, kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie im sozialistischen Sinne und frei von Chauvinismus wuchtig geführt wird. Und nur dann wird es uns möglich sein, die Weltwirtschaft in geordneten Bahnen zu lenken. Eingedenk unserer sozialistischen Heberzeugung haben wir uns in diesen Tagen, wo die Verjudung stärker als je an uns herantritt, energig gegen den chauvinistischen Schwundel zu wehren und unter unsern Mitgliedern aufklärend zu wirken. Die Zeiten sind ernst, keine Minute darf verjäumt werden!

Das Existenzminimum in der ersten Jahreshälfte.

Von Dr. H. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Jahreshälfte um ein Viertel höher als in der ersten Dezemberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, fünfmal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, rund 55mal so hoch wie im Januar 1922, etwa 100mal so hoch wie im Januar 1921 und annähernd 140mal so hoch wie im Januar 1920.

Kartoffeln kosteten 450mal soviel wie vor 9 Jahren, rationiertes Brot 700mal soviel, Milch 900mal soviel, Zucker 1050mal soviel, Bohnen 1250mal soviel, Margarine 1300mal soviel, Reis 1400mal soviel, Brot im freien Handel und Gas 1600mal soviel, Erbsen, Speck, Bratens 1650mal soviel, Roggenmehl 1700mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

Table with 4 columns: Category, Mann, Ehepaar, Ehepaar mit 2 Kindern. Rows include Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, and monthly totals for 1923, 1922, 1921, and 1920.

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Jahreshälfte 1923 für einen alleinlebenden Mann 2590 M., für ein kinderloses Ehepaar 3849 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 5064 M.

Som letzten Kriegsjahr bis zur ersten Jahreshälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 auf 15,40 M., das heißt auf das 92,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 23,096 M., das heißt auf das 1035,7fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 auf 30,583 M., das heißt auf das 1055,6fache.

Das badische Arbeitsministerium gegen die Nacht- und Sonntagsarbeit.

In der Vorberatung des Badischen Bäckereiverbands am 8. Januar in Karlsruhe wurde vom Vorsitzenden folgende Antwort vom Arbeitsministerium auf die Eingabe gegen die Einführung der Nacharbeit in den Großbäckereien bekanntgegeben:

Badisches Arbeitsministerium, Karlsruhe, 27. 11. 1922. Arbeitszeit im Bäckereigewerbe betr.

Der in Ihrem Schreiben erwähnte Antrag der Konjunkturkommission, den Dreischichtbetrieb wieder zuzulassen, ist uns bis jetzt noch nicht zur Kenntnis gekommen.

Zur Frage der Wiedereinführung der Sonntagsarbeit ist unsere Stellungnahme bereits bekannt. Wir werden jedem Versuch der Wiedereinführung der Sonntagsarbeit im Bäckerei- und Konditoreigewerbe entgegenstreiten.

Noch nicht berichtigt.

Die Redaktion der Konjunkturforschenden Rundschau legt in Ermangelung weiterer Veröffentlichungen von Berichterstattungen für die Wiedereinführung der Nachtarbeit in den Großbäckereien und Befreiung des Konditoreigewerbes vom 21. November 1918, in der neuen Jahressumme über in dieser Frage selbständigen Mitarbeiter, Herrn Geschäftsführer Erhard Friedrich, nach, wobei zu zwei kommen.

Der Herr Friedrich hat mit der Sache nichts zu tun. Auf die größten Unzufriedenheiten gegen die Organisationsleitung einige Punkte. Friedrich verspricht im Falle der Verurteilung...

ausgegliedert wurde, überboten. Bekanntlich behaupteten die Bäckermeister, unser Verband sei gegen das Kleinergewerbe und fördere die Großbetriebe zum Schaden des handwerksmäßigen Zivierbetriebs. Mit diesen Mitteln arbeiten auch die Gelben gegen uns.

Wie sehr diesem Sachverständigenurteil Wert beigemessen werden kann, geht auch aus einer andern zum besten gegebenen Umwahrheit hervor. Unser Redakteur wird als früherer Gegner der Arbeitsgemeinschaft bezeichnet, und heute, nach ungefähr Jahresfrist, ist man sogar stolz auf die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit...

Die 'Rundschau'-Redaktion kann immer noch nicht verstehen, daß der Antrag der Genossenschaftler im Reichswirtschaftsrat nicht angenommen wurde. In dieser Unkenntnis verfallt sie von einem Extrem in das andere.

Sie will weiter noch nicht begreifen, daß der Sachverständige der Großfabrikanten im Arbeitsauschuß gegen den Antrag der Genossenschaftler sich aussprach. Wörtlich sagte Herr Schulte, Ständehaus der Großfabrikanten: Ich fordere daher von dem Antragsteller die entsprechende Abänderung seines Antrages...

Im Schluß will sich die 'Rundschau'-Redaktion einen Bis leisten, indem sie versucht, uns die Gelben als Helfer im Abwehrkampf an die Stachelspitze zu hängen. Wir können uns hierbei noch recht lebhaft der Debatte in der verflochtenen Arbeitsgemeinschaft: Bäckerei und Konditorei über den Anschluß der Gelben an diese Körperschaft erinnern.

Ueber eines müssen wir uns in der für die Wiedereinführung der Nachtarbeit und Aufhebung des Bäckereischutzes von der Genossenschaftliche enstschieden Polemik wundern, daß trotz des Ihnen zugefallenen 'Sieges' keine Behauptung eintreten will.

Die Schokoladenfabrikation in der Schweiz.

Wir waren kürzlich in der Lage, die Ausführungen der Züricher Handelskammer über die wirtschaftlichen Zustände in der Schokoladenindustrie zu veröffentlichen. Der Rückgang, der im letzten Vierteljahr 1921 eine keine Besserung erfuhr, habe im verflochtenen Jahre wieder mit aller Schärfe eingetreten.

betrug in diesen ersten 9 Monaten 4192 Tonnen gegen 8843 Tonnen im Jahre 1921, 11434 Tonnen im Jahre 1920 und 12588 Tonnen im Jahre 1919.

In der Hauptsache erfolgte die Ausfuhr nach England mit 2888 300 kg, weiter partizipierte daran Dänemark mit 297 400, Italien mit 177 100, Frankreich mit 174 200, Südafrika mit 95 800 kg.

Ein Gewährsmann in der Zeitschrift 'Gordian' mißt die Hauptursache dieses gewaltigen Rückganges der Schokoladenindustrie in einigen Ländern mit entwickelter Schokoladenindustrie, aber allem in Deutschland, aber auch in Italien und Frankreich, bei. Er meint weiter: 'Daneben hat auch die übertriebene Anwendung des Nachschutzes...

Das Unternehmertum in der schweizerischen Schokoladenindustrie will eine Besserung des Geschäftsganges mit denselben Mitteln erreichen wie ihre Klassenossen in den übrigen Ländern, nämlich: Arbeitszeitverlängerung und Lohnaufschlag. Sie glauben dann bestimmt, daß dadurch die Kaufkraft der Konsumenten gehoben wird.

Die Genossenschaftsbewegung der Welt.

Wenn wir die Berichte auf den Tagungen der zentralen Genossenschaften der verschiedenen Länder überblicken, so bemerken wir zwei Haupttendenzen, die die Richtung der Genossenschaftsbewegung bestimmen.

Beide Tendenzen erfuhren ihre kräftigste Förderung durch den fortschreitenden finanziellen Zusammenschluß, durch die länderweise Zusammenfassung des Kreditwesens der Genossenschaftsbewegung.

In Italien umfaßt die Lega Nazionale delle Cooperative (sozialistisch) 8000 Genossenschaften, von denen 3600 Konsum-, 270 Produktiv-, 700 Agrar- und 1000 gemischte Genossenschaften sind. Diese vertreten ungefähr 2 Millionen Mitglieder.

In Frankreich wurde auf dem Jahreskongreß der Genossenschaften in Marseille (27. Mai 1922) eine zentrale Genossenschaftsbank (Banque cooperative de France) gegründet.



